

---

## Antrag

der Piratenfraktion

### **Filmförderung II: Keine verpflichtenden Sperrfristen für geförderte Filme**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in den Förderrichtlinien für die Filmförderung durch das Medienboard Berlin-Brandenburg die Festlegung auf die im Filmförderungsgesetz (FFG) geregelten Sperrfristen gestrichen wird.

Eine Filmförderung soll also auch dann möglich sein, wenn die kommerzielle Auswertung nicht zeitlich gestaffelt nach Vertriebskanälen wie im FFG festgelegt erfolgt.

---

#### ***Begründung:***

Das deutsche Filmförderungsgesetz (FFG) regelt die Organisation, Finanzierung und Förderkriterien der Filmförderungsanstalt (FFA). In §20 FFG ist geregelt, dass jeder durch Mittel der FFA geförderte Film bei seiner kommerziellen Auswertung gewisse Sperrfristen einhalten muss:

\*Kein Verkauf von Bildträgern bis sechs Monate nach Erstaufführung

\*Kein Verkauf über Videoabrufdienste bis neun Monate nach Erstaufführung

\*Keine Ausstrahlung im Bezahlfernsehen bis zwölf Monate nach Erstaufführung

**\*Keine Ausstrahlung im frei empfangbaren Fernsehen oder Bereitstellung über unentgeltliche Videoabrufdienste bis 18 Monate nach Erstaufführung**

In Ausnahmefällen können diese Fristen um einige Monate gekürzt werden, in der Praxis wird hiervon recht häufig Gebrauch gemacht.

Das FFG hat keine bindende Wirkung auf die Förderkriterien des Medienboards Berlin-Brandenburg (da es sich um eine von der FFA unabhängige Förderstruktur auf Länderebene handelt). Das Medienboard legt in seinen Förderrichtlinien jedoch fest, dass die Fristen des FFG auch für die Förderung durch das Medienboard gültig sind.

Die langen Fristen von der Veröffentlichung von Filmen bis zur legalen Erwerbsmöglichkeit sind als wichtige Ursache für den verbreiteten illegalen Erwerb zu sehen [1]. Während sich etwa die Musikindustrie weitgehend auf die Gegebenheiten des digitalen Wandels eingestellt hat, ist eine entsprechende Anpassung bei der Filmindustrie größtenteils ausgeblieben.

Auch wenn man es nicht als die Aufgabe des Staates sieht, einen entsprechenden Wandel voranzubringen, darf er ihn jedenfalls nicht durch die Verpflichtung zu anachronistischen Geschäftsmodellen von vornherein behindern.

Soweit zur Verteidigung des Status Quo vorgebracht wird, die Fristen seien zum Erhalt der Kinokultur notwendig, ist festzustellen: Erstens besteht der Mehrwert eines Kinobesuchs primär in etwas ganz anderem als einem ohnehin leicht umgeharen zeitlichen Vorteil, was durch Neuerungen wie 3D-Filme nur noch verstärkt wird; zweitens wäre, sollte die Kinokultur eines fernen Tages tatsächlich einmal nicht mehr ohne staatliche Intervention lebensfähig sein, eine institutionelle Förderung wie bei Theater oder Oper angebrachter als eine künstliche Verknappung von Kulturgütern.

[1] Zu statistischen Untersuchungen siehe etwa Danaher, Dhanasobhon, Smith, Telang: Converting Pirates Without Cannibalizing Purchasers: The Impact of Digital Distribution on Physical Sales and Internet Piracy (2010) und Danaher, Waldfogel: Reel Piracy: The Effect of Online Film Piracy on International Box Office Sales (2012)

Berlin, den 08.04.2013

Weiß Herberg  
und die übrigen Mitglieder  
der Piratenfraktion